

FORSCHUNGSVERBUND FORDEMOCRACY

Working Paper Nr. 3

**Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund  
und Fluchterfahrung in Deutschland.**

Möglichkeiten, Hemmnisse und Förderungsansätze aus Sicht von Migrant\*innen-  
organisationen.

Elisa Lehnerer, M.A.

Kontakt über:

Prof. Dr. Sonja Haug

OTH Regensburg

Seybothstr. 2

93053 Regensburg

Sonja.haug@oth-regensburg.de



<https://fordemocracy.hypotheses.org/>



Mai 2020

**Elisa Lehnerer, M.A.**

**Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung in Deutschland.**

**Möglichkeiten, Hemmnisse und Förderungsansätze aus Sicht von Migrant\*innenorganisationen.**

Working Paper Nr. 3

Bayerischer Forschungsverbund Zukunft der Demokratie

Mai 2020

<https://fordemocracy.hypotheses.org>

Working Papers

---

© by the author

**Elisa Lehnerer, M.A.**

Downloads: <https://fordemocracy.hypotheses.org/2784>

Bayerischer Forschungsverbund ForDemocracy

[www.fordemocracy.de](http://www.fordemocracy.de)

## Zusammenfassung

Politische Partizipation ist voraussetzungsvoll. Welche Einflussfaktoren für Personen mit Migrationshintergrund wirken können und wie politische Partizipation gefördert werden kann, wurde mittels einer qualitativen Interviewstudie untersucht, deren Ergebnisse im vorliegenden Working Paper zusammengefasst werden. Die Studie, in der Vorstandsmitglieder von Migrant\*innenorganisationen in Bayern als Expert\*innen interviewt wurden, wurde im Rahmen einer Masterarbeit im Studiengang „Interkulturalitäts- und Entwicklungsmanagement“ innerhalb des Forschungsprojekts „Demokratieakzeptanz und Partizipation von Geflüchteten“ durchgeführt. Dieses Projekt unter der Leitung von Prof. Dr. Sonja Haug ist am Institut für Sozialforschung und Technikfolgenabschätzung an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg angesiedelt und in den Forschungsverbund ForDemocracy eingebettet. Das Working Paper beinhaltet eine stark gekürzte Version der Masterarbeit mit dem Schwerpunkt Ergebnisdarstellung.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, dass politische Partizipation von einer Vielzahl allgemeingültiger wie auch migrationsspezifischer Faktoren beeinflusst wird. Es wurden acht zentrale Einflussfaktoren identifiziert, die die politische Partizipation direkt hemmen oder fördern können. Diese Faktoren stehen in Wechselwirkung zueinander und werden gleichzeitig von weiteren, indirekten Faktoren beeinflusst. Hinsichtlich der Förderung von politischer Partizipation wird deutlich, dass es einer holistischen Herangehensweise bedarf. So kann die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund einerseits im engeren Sinne, wie beispielsweise durch persönlichen Kontakt mit Multiplikator\*innen mit Migrationshintergrund oder Veranstaltungen mit Kulturbezug, und andererseits im weiteren Sinne durch den Abbau migrationsspezifischer Zugangsbarrieren sowie eine Verbesserung sozialer, ökonomischer, kultureller und politischer Teilhabe gefördert werden. Gleichzeitig zeigen die Förderungsansätze, dass politische Partizipation gesamtgesellschaftlich – beispielsweise in der Sozialisationsinstanz Schule – gefördert werden kann.

## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	5
Darstellungsverzeichnis .....	5
1. Einleitung .....	6
2. Grundlagen .....	7
3. Voraussetzungen politischer Partizipation .....	8
4. Methodik .....	9
5. Ergebnisse.....	10
5.1 Nutzung politischer Partizipationsmöglichkeiten.....	10
5.2 Direkte und indirekte Einflussfaktoren .....	13
5.2.1 Politische Sozialisation und Erfahrungen im Herkunftsland .....	15
5.2.2 Political efficacy .....	17
5.2.3 Politisches Interesse .....	18
5.2.4 Politisches Wissen .....	21
5.2.5 Vereinsmitgliedschaft.....	22
5.2.6 Zeit und Prioritätensetzung.....	24
5.2.7 Gewährte politische Rechte .....	26
5.3 Förderungsmöglichkeiten.....	26
5.3.1 Persönliche und direkte Ansprache.....	27
5.3.2 Social Media und Internet .....	28
5.3.3 Veranstaltungen mit unterschiedlicher Konzipierung.....	29
5.3.4 Strukturelle, politische und rechtliche Veränderungen zur Schaffung einer Willkommens- und Anerkennungskultur .....	31
6. Fazit und Ausblick .....	35
Quellenverzeichnis .....	37

## Abkürzungsverzeichnis

IB	Integrationsbeirat
IPs	Interviewpartner*innen
MOs	Migrant*innenorganisationen
PmM	Personen mit Migrationshintergrund

## Darstellungsverzeichnis

<b>Abbildung 1:</b> Ziel der Arbeit .....	7
<b>Abbildung 2:</b> Dimensionen politischer Integration und Wirkungszusammenhänge .....	8
<b>Abbildung 3:</b> Einflussfaktoren auf die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund .....	9
<b>Abbildung 4:</b> Direkte Einflussfaktoren auf die politische Partizipation und zwischen ihnen bestehende Zusammenhänge.....	14
<b>Abbildung 5:</b> Verteilung der Häufigkeiten der direkten Einflussfaktoren.....	15
<b>Abbildung 6:</b> Verteilung der Häufigkeiten der Förderungsansätze für politische Partizipation.....	28
<b>Tabelle 1:</b> Indirekte und direkte Einflussfaktoren von politischer Partizipation.....	15

## 1. Einleitung

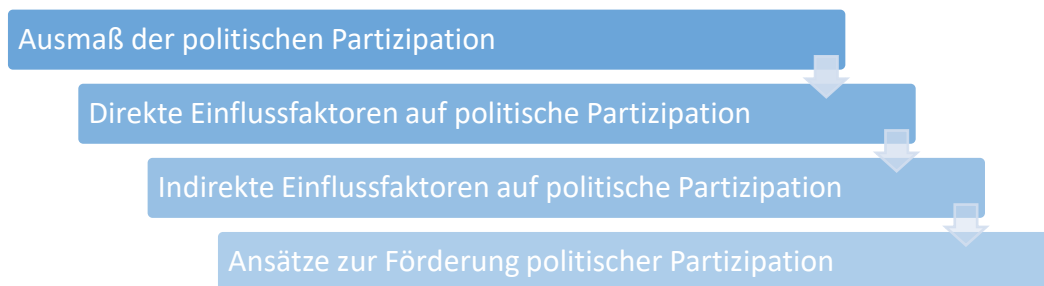
Ohne politische Partizipation wäre eine Demokratie unvorstellbar, da sich Demokratie auf das *Regieren durch die Bürger* bezieht. Folglich kann Demokratie nicht ohne ein minimales Niveau politischer Partizipation existieren. Ein Mangel an politischer Partizipation ist für jede Demokratie destruktiv. [...] Wer Demokratie sagt, meint Partizipation (van Deth 2009: 141; Herv. i. Org.).

Diesem Verständnis folgend stärkt politische Partizipation die Qualität einer Demokratie. Ist politische Beteiligung allerdings nicht allen gleichermaßen möglich, schadet dies ihrer Legitimation. Um einem solchen politischen Ungleichgewicht, wie es auch in Deutschland der Fall ist (Böhnke 2011; Bödeker 2012), entgegenzuwirken, bedarf es zum einen Wissen über die Voraussetzungen für politische Partizipation und zum anderen Förderungsansätze, die die Personen, die sich nicht oder wenig beteiligen, passgenau ansprechen und zu mehr Partizipation mobilisieren. Dies ist besonders für Personen mit Migrationshintergrund (PmM) interessant, da bei ihnen neben den allgemeinen Voraussetzungen für politische Partizipation zusätzlich migrationsspezifische Faktoren wirken können. Außerdem kann politische Partizipation als Teil von politischer Integration gesehen werden und somit für den gesamten Integrationsprozess förderlich sein (Pries 2015; Martiniello 2006).

Dieses Working Paper fasst die Ergebnisse der Masterarbeit „Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung in Deutschland. Möglichkeiten, Hemmnisse und Förderungsansätze“ zusammen, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Demokratieakzeptanz und Partizipation von Geflüchteten“ verfasst wurde. Dieses Projekt unter der Leitung von Prof. Dr. Sonja Haug, das die Einstellungen von Geflüchteten in Bayern zu Demokratie und politischer Partizipation untersucht, ist am Institut für Sozialforschung und Technikfolgenabschätzung an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg angesiedelt und in den Forschungsverbund ForDemocracy eingebettet.

Ziel der Masterarbeit war es, durch eine qualitative Interviewstudie mit Expert\*innen die zentralen Faktoren, die die politische Partizipation von PmM fördern oder hemmen können, und die ihnen zugrunde liegenden indirekten Aspekte zu eruieren. Außerdem sollten Ansätze herausgearbeitet werden, die die politische Partizipation fördern können, sodass PmM eine umfassende und gleichberechtigte Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben in Deutschland möglich ist.

Abbildung 1: Ziel der Arbeit



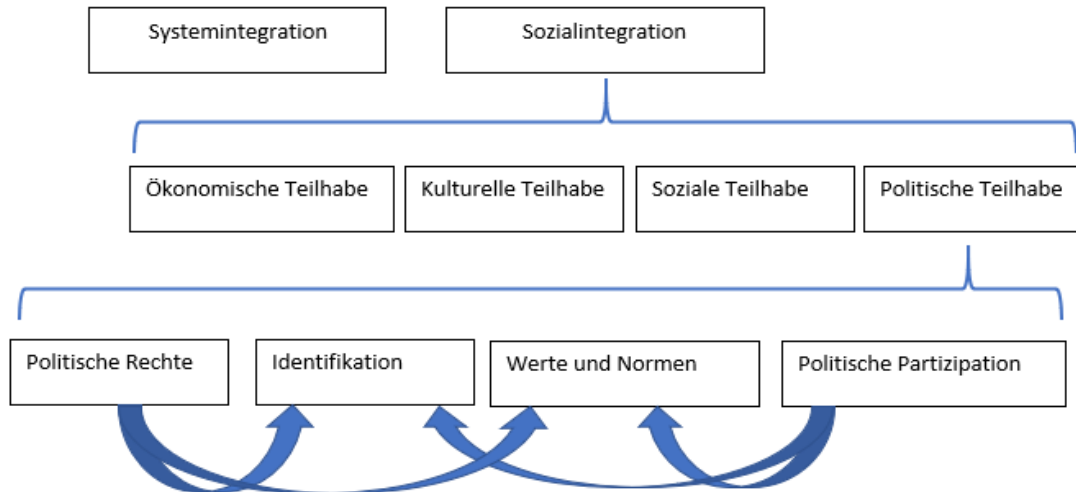
Quelle: eigene Darstellung

## 2. Grundlagen

Dem Integrationskonzept von Pries (2015: 31) folgend, stellt die politische Integration neben der ökonomischen, kulturellen und sozialen Teilhabe eine eigenständige Dimension der Gesamtintegration dar, die als gleichberechtigte Teilhabe in allen wichtigen Lebensbereichen definiert wird. Neben Pries plädieren unter anderem auch Roth (2017) und Cyrus/Vogel (2008) für eine weitere Förderung der politischen Integration, da „Zugewanderte [...] erst dann als vollständig integriert gelten [können], wenn sie auch am politischen Leben des Aufnahmelandes gleichberechtigt teilhaben“ (Roth 2017: 243). Neben politischer Partizipation führt Martiniello (2006) als weitere Dimensionen politischer Integration politische Rechte, Identifikation sowie Werte und Normen an. Die Wirkungszusammenhänge, wie sie in Abbildung 2 deutlich werden, zeigen die Bedeutung von politischer Partizipation für die politische Teilhabe sowie die Gesamtintegration auf, insbesondere vor dem Hintergrund, dass es hinsichtlich der politischen Rechte in naher Zukunft voraussichtlich keine Änderungen geben wird (Roth 2017: 247; Sauer 2016: 259) und die

Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft sowie die Annahme von Werten und Normen nur durch die PmM selbst geschehen können (Cyrus 2007: 4).

Abbildung 2: Dimensionen politischer Integration und Wirkungszusammenhänge



Quelle: eigene Darstellung nach Martiniello (2006: 84), Pries (2015: 31)

### 3. Voraussetzungen politischer Partizipation

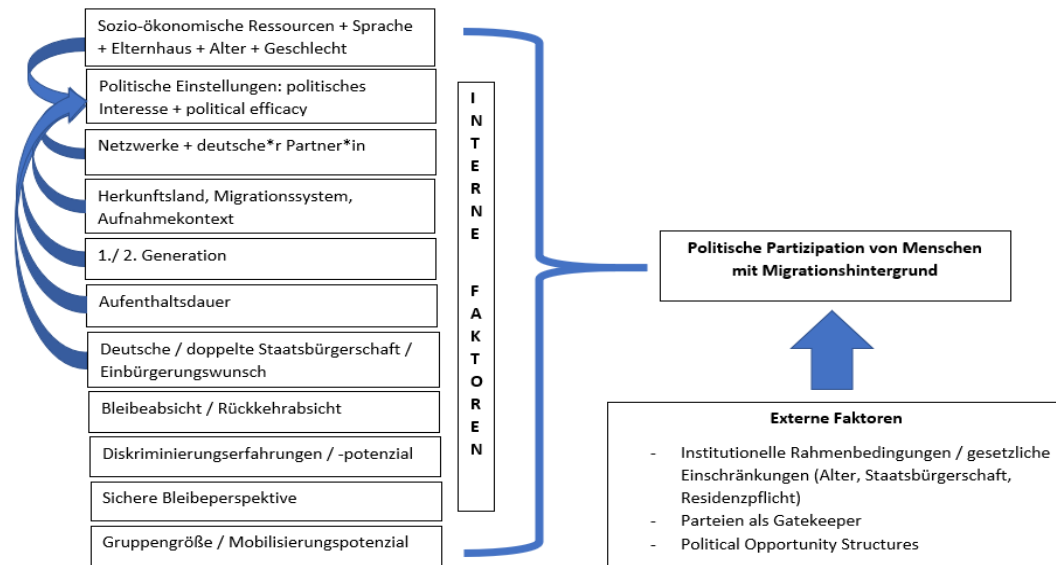
Politische Partizipation als „alle Tätigkeiten [...], die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1995: 521), ist voraussetzungsvoll. Es spielen sowohl interne als auch externe allgemeingültige sowie migrationsspezifische Faktoren eine Rolle. Während sich in Bezug auf die allgemeingültigen Aspekte die wissenschaftlichen Erkenntnisse immer wieder wiederholen und insbesondere gebildete Personen mit höherem Einkommen politisch aktiv werden, treten hinsichtlich der migrationsspezifischen Faktoren Forschungsdesiderate oder widersprüchliche Erkenntnisse auf. Trotzdem wurden sie alle in Abbildung 3 aufgenommen, um einen Überblick über die Einflussfaktoren zu liefern, die in verschiedenen, einschlägigen Studien<sup>1</sup> benannt werden. Dabei wird deutlich, dass meist nur die unmittelbaren Faktoren, die direkt auf politische Partizipation wirken (können), untersucht

<sup>1</sup> Unter anderem Müssig/Worbs (2012); Pokorny (2016); Goerres et al. (2018); Wüst/Faas (2018); SVR-Forschungsbericht (2013; 2016; 2018; 2019); Hossain et al. (2016); Schönwälder et al. (2011); Gesemann/Roth (2015); Cyrus/Vogel (2008); Fick et al. (2014); Hallenberg/Dettmar 2018; Hunger/Candan (2009); Wüst (2002; 2012); Berger et al. (2004); Diehl/Blohm (2001); Diehl (2005); Wiedemann (2006).



wurden, während ihnen zugrundeliegende Faktoren oder Zusammenhänge zwischen den jeweiligen Einflussfaktoren – außer in Bezug auf die politischen Einstellungen – nicht thematisiert wurden oder bisher Vermutungen darstellen.

Abbildung 3: Einflussfaktoren auf die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund



Quelle: eigene Darstellung

## 4. Methodik

Im Rahmen der Interviewstudie wurden leitfadengestützte Expert\*inneninterviews mit insgesamt zehn Personen aus neun Ländern und acht Vereinen in Bayern geführt. Die Auswahl der Stichprobe erfolgte bewusst und kriteriengeleitet. Kriterien waren zum einen die Mitgliedschaft im Vorstand einer Migrant\*innenorganisation bzw. in einem Integrationsbeirat (IB) in Bayern, da diese aufgrund ihrer Tätigkeit und Erfahrung über Expert\*innenwissen verfügen und einen guten Überblick über ihre Community und deren Bedürfnisse haben, und zum anderen ein eigener Migrationshintergrund, da es sich um Personen handeln sollte, die selbst betroffen sind und aus ihrer Perspektive und von ihren Erfahrungen erzählen können. Aufgrund ihrer Position können sie zentrale Aspekte benennen und gewichten und ein umfassendes Bild auch über Einflussfaktoren liefern, die in der bisherigen Forschung möglicherweise noch nicht oder zu wenig berücksichtigt wurden.

Es handelte sich um einen nichtstandardisierten Leitfaden, um den Interviewten die größtmögliche Offenheit einzuräumen und um durch flexibles Formulieren und Anordnen von Fragen einem natürlichen Gesprächsverlauf so nah wie möglich zu kommen.

Nach zwei Pretests wurden die Interviews in einem Zeitraum von Ende Mai bis Mitte Juni 2019 geführt. Es handelte sich um Einzelinterviews, die face-to-face geführt und mit einem kleinen Aufnahmegerät aufgezeichnet wurden. Die Interviews wurden vollständig und wortwörtlich transkribiert; bedeutsame, den Sinn der Aussage beeinflussende para- oder nonverbale Aspekte nach dem Prinzip „so detailliert wie nötig“ im Transkript vermerkt (Bogner et al. 2014: 42). Dies war ausreichend, da die inhaltliche Ebene des Gesagten im Vordergrund stand, weshalb auch die Sprache zur besseren Lesbarkeit geglättet wurde. Für jedes Interview wurde außerdem ein Interviewbericht, der Notizen zu dem Zustandekommen des Interviews, dem Interviewsetting, der Vorinterviewphase, der Interviewdurchführung und der Nachinterviewphase beinhaltet, und in drei Fällen ein Gedächtnisprotokoll angefertigt. Die Auswertung der Daten erfolgte mittels einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2018) unter Zuhilfenahme des Computerprogramms MAXQDA.

## **5. Ergebnisse**

### **5.1 Nutzung politischer Partizipationsmöglichkeiten**

Die Auswertung der Interviews zeigt, dass die gewählten Formen sowie das Ausmaß der politischen Partizipation sowohl zwischen den Mitgliedern innerhalb der Vereine bzw. der Community als auch zwischen den verschiedenen Vereinen erheblich variieren. Nach dem Umfang der politischen Partizipation lassen sich bei den Vereinsmitgliedern folgende vier Typen unterscheiden:

- *Keine bzw. (sehr) seltene politische Partizipation*
- *Überwiegend elektoral*
- *Elektoral und nicht-elektoral (aber: keine Parteiaktivität)*
- *Nur nicht-elektoral*

Es gibt also sowohl politisch aktive als auch passive PmM. Für das unterschiedliche Ausmaß der Partizipation können individuelle interne sowie externe Faktoren angeführt werden (Kapitel 5.2). Bezüglich folgender nicht-elektoraler Partizipationsformen fallen Besonderheiten auf:

- Parteimitgliedschaft und -kooperation

In Bezug auf eine Mitgliedschaft in oder Kooperation mit Parteien ergibt sich ein relativ einheitliches Bild. Fast einstimmig wurde eine Mitgliedschaft der Vereinsmitglieder und sogar der Community in einer Partei verneint und auch abgelehnt. Ein einziger Befragter hielt es für möglich, dass eine Person seiner Community, die im Integrationsbeirat war, eventuell auch in einer Partei sein könnte. Dieser würde auch eine Kooperation bzw. Kontaktaufnahme von Parteien „begrüßen“ (HC3: 64). Bei den übrigen, selbst bei aktiveren Personen wie in dem Verein von BJ10, scheint eine Parteimitgliedschaft zu weit zu gehen:

*„Politisch aktiv heißt für mich allerdings, das hat bestimmte Grenze. Also politisch aktiv, ich kenne niemanden, der bereit wäre, in eine Partei einzutreten und sich dann aktiv zu beteiligen“ (BJ10: 76).*

- Kontakt und Kooperation der Migrant\*innenorganisationen (MOs) und des IB mit der Stadt

Die Vereine bzw. die Vorstandsmitglieder (vgl. Kapitel 5.2.5) sind oder waren zum Teil in Kontakt mit der jeweiligen Stadt oder den städtischen Institutionen, um für die Interessen des Vereins oder der Community einzutreten. In Bezug auf diesen Kontakt bzw. die Kooperation ergibt sich ein zwiespältiges, überwiegend jedoch negatives Bild. So erzählen JE5 und EB2 von mangelnder Unterstützung bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten und daraus resultierender Enttäuschung. EB2 findet deutliche Worte, die ihre Desillusion verdeutlichen:

*„Wir [die PmM, Anm. d. Verf.] sind die ersten, die vom Tisch gefegt werden natürlich“ (EB2: 194).*

EB2 und HC3 sprechen in Bezug auf mögliche Verbesserungen vom fehlenden Willen der Stadt. Zu den Wartezeiten bei der Ausländerbehörde der Stadt sagt HC3:

*„Und dann habe ich um die drei Stunden gewartet, drei Stunden. Das hat vor fünf Jahren 20 Minuten gedauert maximal. Das ist Zeitverlust und ich bin mir sicher, man kann das Problem lösen. Deutschland ist Meister im Organisieren, wirklich. Und sind jetzt unfähig, das zu machen. Ich glaube, da fehlt der Wille“ (HC3: 136).*

An anderer Stelle, in Bezug auf seinen Verein, zeigt sich HC3 jedoch zufrieden mit der Kooperation der Stadt. Auch NI9 merkt an, dass es „migrationsarbeitstechnisch“ Verbesserungen in der Stadt gab, allerdings „kann sich natürlich auch viel mehr tun“ (NI9: 193). Des Weiteren konstatiert er, dass der IB bei (migrations)politischen Entscheidungen selten miteinbezogen wird, andererseits aber auch nicht von sich selbst aus Anträge oder Vorschläge in die verschiedenen Ausschüsse einbringen kann, sondern dafür „gute Beziehungen“ zu Parteien benötigt (NI9: 47). Dies erklärt er einerseits mit fehlenden Informationen in der Verwaltung und den Abteilungen über die Existenz eines solchen Gremiums und andererseits mit dem fehlenden Bewusstsein in Teilen der Stadtregierung bzw. -verwaltung, den Integrationsbeirat zu konsultieren, da man dies aufgrund von über die Jahrzehnte „festgefahrene[r] Strukturen oder [...] festgefahrene[r] Entscheidungswege[n]“ nicht gewohnt sei (NI9: 67).

- Politische Beteiligung am IB

Die Teilnahme an der Wahl des befragten IB war niedrig. Außerdem besteht geringes Interesse, in diesem Gremium mitzuarbeiten. Dies spiegelt sich auch in den befragten MOs wider, bei denen nur HC3 vom Engagement einer einzigen Person in einem IB wusste. Demgegenüber sind fast alle befragten MOs mit den jeweiligen Integrationsbeiräten in Kontakt oder beabsichtigen eine Kontaktaufnahme; ein Befragter kannte die Institution allerdings nicht. Die Kooperation wird überwiegend positiv beschrieben, meist jedoch mit der Einschränkung, dass der IB zwar wolle, aber nicht unbedingt könne. Daher wird auch große Hoffnung in die zukünftigen Projekte und die Entwicklung des Gremiums gelegt, die allerdings auch von einer gewissen Enttäuschung begleitet wird. Es werden, wie auch in der Literatur, die fehlenden Mitsprachemöglichkeiten, die unzureichenden (finanziellen) Ressourcen und die eingeschränkte Wirkungsmacht des beratenden Gremiums beklagt. NI9 bezeichnet den IB als

*„Alibi-Gremium, [...] um zu sagen: Schaut Leute, [...] wir betreiben auch Migrationspolitik und die haben auch Beteiligung und so weiter, aber eine Beteiligung, die nichts bewirkt, nicht tätig werden kann von sich aus“ (NI9: 49).*

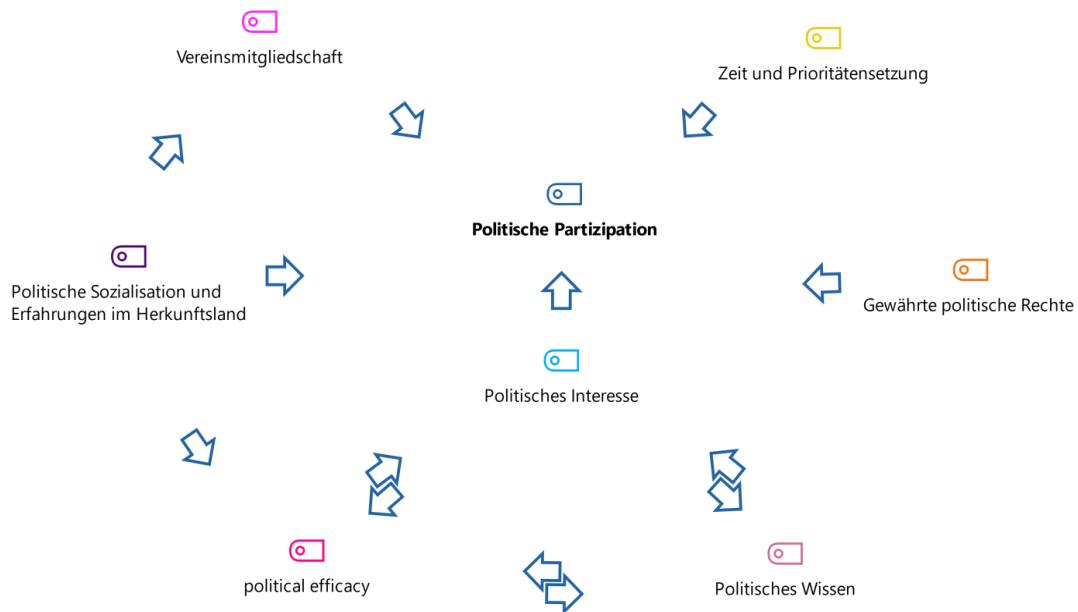
Insgesamt zeigt sich also eine unterschiedliche Nutzung der verschiedenen Partizipationsformen. Zur Erklärung der hohen Differenzen zwischen den Personen und

den Vereinen können interne sowie externe Einflussfaktoren angeführt werden, die die politische Partizipation hemmen oder fördern können. Diese Faktoren, denen wiederum weitere Aspekte zugrunde liegen, können entweder einzeln auf politische Partizipation wirken oder auch in Kombination mit anderen Aspekten wirken, sich gegenseitig aufheben, übertreffen oder positiv oder negativ verstärken. So können es entweder mehrere Aspekte sein, die zusammen die politische Partizipation hindern, oder aber es liegen theoretisch Voraussetzungen zur politischen Beteiligung vor (z. B. politisches Interesse), ein anderer, gewichtigerer Faktor (z. B. Zeitmangel, andere Prioritäten, fehlende politische Rechte) reicht jedoch aus, um dann die Partizipation gänzlich zu verhindern oder zumindest einzuschränken. Nur in einem einzigen Fall findet politische Partizipation statt, obwohl keine oder wenige Voraussetzungen vorliegen.

## **5.2 Direkte und indirekte Einflussfaktoren**

Folgende acht Einflussfaktoren nehmen in den Interviews eine zentrale Rolle hinsichtlich der politischen Partizipation ein, da sie die politische Beteiligung direkt fördern oder hemmen können. Sie wirken auf mindestens einen weiteren zentralen Faktor oder stehen in Wechselwirkung zueinander. Wie Abbildung 4 zeigt, ist dabei insbesondere das politische Interesse von Bedeutung, das auf die politische Partizipation direkt wirkt, aber zusätzlich von allen anderen Hauptfaktoren beeinflusst wird.

*Abbildung 4: Direkte Einflussfaktoren auf die politische Partizipation und zwischen ihnen bestehende Zusammenhänge*



Quelle: eigene Darstellung (mit MAXQDA)

Wie häufig die zentralen Einflussfaktoren in den jeweiligen Interviews genannt oder sichtbar wurden, zeigt die nachfolgende Abbildung. Wiederum wird der zentrale Stellenwert des politischen Interesses deutlich. Darauf folgen – in einigem Abstand – die Auswirkungen der politischen Sozialisation und der Erfahrungen mit dem politischen System im Herkunftsland auf die politische Partizipation und die vorhandene Zeit und Prioritätensetzung, die mit Ausnahme eines Aspekts die politische Partizipation meist verhindern oder einschränken.

Abbildung 5: Verteilung der Häufigkeiten der direkten Einflussfaktoren

Codesystem	KA1	EB2	HC3	MD4	JE5	FF6	IG7	NI9	BJ10	SUMME
Einflussfaktoren und Kausalzusammenhänge										0
> Vereinsmitgliedschaft										16
> Politische Sozialisation und Erfahrungen im Herkunftsland										39
> political efficacy										19
> Politisches Interesse										73
> Politisches Wissen										19
> Zeit und Prioritätensetzung										38
> Gewährte politische Rechte										11
Σ SUMME	26	25	30	30	19	12	33	14	26	215

Quelle: eigene Darstellung (mit Code-Matrix-Browser von MAXQDA)

Die Aspekte, die die Hauptfaktoren beeinflussen oder begründen, sind in der nachfolgenden Tabelle als Überblick aufgeführt und werden in den folgenden Kapiteln ausführlicher erläutert:

Tabelle 1: Indirekte und direkte Einflussfaktoren von politischer Partizipation

Politische Sozialisation und Erfahrungen im Herkunftsland	political efficacy	Politisches Wissen	Politisches Interesse	Zeit und Prioritäten	Vereinsmitgliedschaft	Politische Rechte
Diktatur / fragiler Staat	Bildung	Mediennutzung	Bildung	Aufenthaltstitel	Vorstandsmitgliedschaft	
Kommunistisches Regime	Situation / Politik in Deutschland	Deutschkenntnisse	Bleibeabsicht	Wohn- und Arbeitssituation	Mitgliedschaft in politischem Verein <sup>2</sup>	
„erste Demokratiegeneration“ eines kommunistischen Regime	Medienimage	Kontakt zu Deutschen	Bleibesicherheit	Berufstätigkeit, Studium, Familie		
Politisches Interesse Vater			Persönliche Betroffenheit	Psychische Belastung		
Vorherige Partizipation			Betroffenheit der Community	herkunftsland-bezogene Partizipation		
			(lokale / hybride) Identifikation mit Deutschland			

Quelle: eigene Darstellung

### 5.2.1 Politische Sozialisation und Erfahrungen im Herkunftsland

Ein Hauptfaktor, der viele andere zentrale Aspekte sowie die politische Partizipation an sich zu beeinflussen scheint, sind die Erfahrungen und die politische Sozialisation im Herkunftsland. Diese wurden in fast jedem Interview genannt und beeinflussen das politische Interesse, die (external) political efficacy sowie die Vereinspartizipation. Das politische System des Herkunftslandes scheint dabei von besonderer Bedeutung zu sein. Bei den Communities der Befragten lässt es sich in drei Gruppen einteilen:

- *Kommunistisches Regime*
- *„erste Demokratiegeneration“ eines kommunistischen Systems (BJ10: 6)*
- *Diktatur bzw. fragile Staaten*

<sup>2</sup> Unter einem politischen Verein werden hier sowohl Vereine mit teils-politischer Ausrichtung als auch unpolitische Vereine, die eine Diskussion und Auseinandersetzung mit politischen Themen ermöglichen und fördern, verstanden (vgl. dazu Kapitel 5.2.5).

Die Passivität an politischer Partizipation in Deutschland wird bei Personen aus ehemals kommunistischen Ländern so erklärt, dass in einem kommunistischen Regime keine Möglichkeiten der Partizipation bestanden. Wegen der dort erfolgten politischen Sozialisation beteiligen sich die Menschen nun auch in Deutschland nicht politisch. Hinzu kommt, dass das politische System bis heute nachwirkt. Bei der „ersten Demokratiegeneration“ (BJ10: 6) zeigt sich ein Unterschied: Diese wuchs zu Hause zwar im Kommunismus auf, aber sozusagen in die Demokratie hinein, weshalb sie die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten wertschätzt und sich beteiligt.

Auch bei Personen aus Diktaturen oder fragilen Staaten ohne funktionierenden Rechtsstaat wirkt sich das Wissen, dass politische Beteiligung zu eigener Bestrafung oder Bestrafung der Familie in Form von Gefängnis oder Schlimmerem führen kann, partizipationshemmend aus. Die Verbindung von Politik mit „Unheil“ (HC3: 234) und die Angst vor negativen Folgen wirken auch in Deutschland noch nach und sind nach jahrzehntelanger Sozialisation fest in den Köpfen verankert. Insbesondere gegenüber möglicher Partei- oder Vereinsaktivität zeigt sich eine gewisse Distanz und Abneigung, da mit solchen Organisationen etwas Negatives und Gefahr assoziiert wird. KA1 erwähnt dabei auch das Bildungssystem, das eine Rolle spielt, da es Menschen seit der Kindheit nichts selbst entscheiden lässt und sie dazu erzieht, nicht (kritisch) nachzufragen, da solche Fragen mit Bestrafung einhergehen können.

Bei den Geflüchteten ist besonders hervorzuheben, dass sie die Politik als den Grund für den Krieg in ihrem Land, für ihre Flucht und für ihre derzeitige Situation sehen, weshalb sie „Politik hassen“ (MD4: 44; IG7: 18) und sich – eigentlich – nicht politisch beteiligen wollen. Dennoch sind sie wegen ihrer Betroffenheit „in Politik drin“ (IG7: 14) und werden zum Teil auch (sehr) aktiv (vgl. Kapitel 5.2.6). Auch andere Personen beteiligen sich trotz solcher Erfahrungen oder einer solchen Sozialisation politisch. Diese zeichnen sich durch zusätzliche Aspekte wie ein vorheriges Engagement im Herkunftsland (EB2) oder dadurch aus, dass das politische Interesse des Vaters sie selbst geprägt hat (HC3).



Aufgrund dieser Erfahrungen und Sozialisation nehmen die Expert\*innen an, dass die jüngeren und zukünftigen Generationen deutlich aktiver sein werden, da sie eben kein kommunistisches oder diktatorisches Regime erleben, sondern in Deutschland, wo es politische Partizipationsmöglichkeiten und einen funktionierenden Rechtsstaat gibt, aufwachsen und zur Schule gehen. Allerdings könnte den Befragten zufolge eine unterschiedliche Wertevermittlung auch zu intergenerationalen Konflikten führen.

Auch bei der Parteiwahl spielen einerseits die Erfahrungen mit dem politischen System im Herkunftsland eine Rolle. Bei Menschen aus Tschechien „geht [es] kaum“, die Linke zu wählen, da diese „automatisch“ mit Kommunismus verbunden wird (BJ10: 44). Gleichzeitig geht BJ10 davon aus, dass im tschechischen Verein ausschließlich Die Grünen oder auch die Freien Wähler gewählt werden, was wiederum auf den hohen formalen Bildungsgrad zurückzuführen ist. Andererseits zeigt sich der Einfluss des Aufnahmekontexts und der Positionen der Parteien im Ankunftsland auf das Wahlverhalten:

*„Also wir Muslime, ja, tendieren nur wirklich zwischen SPD und Grünen (lacht). Obwohl ich die Position oder die Einstellung von Frau Merkel jetzt gegenüber den Flüchtlingen für sehr gut schätze. Das war sehr human und das war alle Achtung“ (HC3: 164).*

Gleichzeitig wird hier ein ‚Merkel-Effekt‘ sichtbar, durch den die derzeitige Verschiebung der Parteipräferenzen erklärt wird (SVR-Forschungsbereich 2016: 22f; Türkeli-Dehnert 2018). Auch die Rhetorik der Herkunftslandregierung hat anscheinend einen Einfluss:

*„Also (...) natürlich ist Seehofer gut, aber SPD schlecht in ihren Augen. Nur deswegen, weil sie das von Orban-Regierung hören. Und deswegen ist das so (betont) schwierig, mit diesen Leuten neutral (betont) über Politik zu reden“ (EB2: 152).*

### 5.2.2 Political efficacy

Auch die political efficacy wird häufig, meist in einem negativen Zusammenhang, angesprochen. Die (external) political efficacy wird in einigen Communities sehr gering oder als nicht vorhanden eingeschätzt. Dabei sind scheinbar zwei Ursachen

zentral, eine weitere – die letztgenannte – wird zwar nur einmal angesprochen, ist aber nicht weniger interessant. Die genannten Gründe sind:

- *Die Sozialisation und Erfahrungen im Herkunftsland*

Politische Beteiligungsmöglichkeiten werden als unwirksam wahrgenommen, da sie es im Herkunftsland waren.

- *Die Politik und Situation in Deutschland*

Die political efficacy wird niedrig eingeschätzt, da zum einen keine Unterstützung vonseiten der Politik bei der Verbesserung der eigenen Situation wahrgenommen wird und zum anderen trotz Partizipation keine Veränderungen (in) der Politik und keine Verbesserung der eigenen Situation erwartet oder festgestellt wird.

- *Das Medienimage ihrer Community in Deutschland*

Negative Berichterstattung führt zu Resignation.

Zudem wird, wie in der Literatur beschrieben, auch ein höheres formales Bildungsniveau genannt, das sich positiv auf die Einschätzung der political efficacy auswirkt. Fehlendes oder fehlerhaftes Wissen führt demgegenüber zu einer geringen Einschätzung der political efficacy.

### 5.2.3 Politisches Interesse

Ein dritter zentraler Aspekt ist das politische Interesse, das von allen anderen Hauptfaktoren beeinflusst wird. Politisches Wissen, political efficacy und politisches Interesse stehen in Wechselwirkung. Das politische Interesse kann unterschiedlich ausgeprägt sein:

- Weder Interesse im Herkunftsland noch in Deutschland
- Überwiegend Interesse im Herkunftsland
- Interesse im Herkunftsland sowie auf lokaler Ebene in Deutschland
- Interesse sowohl im Herkunftsland als auch in Deutschland

Für die unterschiedlichen Richtungen des politischen Interesses lassen sich jeweils unterschiedliche Gründe anführen. Personen, die weder in Deutschland noch im Herkunftsland politisch interessiert sind, scheinen politisch resigniert zu haben, keine political efficacy wahrzunehmen und / oder ein eher niedrigeres formales Bildungsniveau haben. Politisches Interesse im Herkunftsland lässt sich insbesondere

durch eine Rückkehrabsicht (in Gedanken) begründen, aber auch dadurch, dass man über (mehr) politisches Wissen dieses Landes verfügt (JE5; BJ10; IG7). Ebenfalls werden politische Großereignisse im Herkunftsland wie der Arabische Frühling genannt, die das Interesse (wieder)wecken (HC3; JE5). Folgende Aspekte, die wiederum politisches Interesse in Deutschland begünstigen, werden angeführt:

- *Bleibeabsicht*

Zentral hierfür sind Kinder und eine (bilinguale) Familie, die mit einer längeren Aufenthaltsdauer einhergehen und zur Bleibeabsicht von PmM der 1. Generation führen. Erst dann, wenn man sich sicher ist, in Deutschland bleiben zu wollen, entwickelt man auch Interesse an der deutschen Politik.

- *Bleibesicherheit*

Neben der *Bleibeabsicht* ist die *Bleibesicherheit* von großer Bedeutung. Dabei werden eine sichere Arbeit und von den Geflüchteten insbesondere ein sicherer Aufenthaltstitel genannt. Erst wenn klar ist, dass man bleiben *darf*, entwickelt man politisches Interesse bzw. hat man eher die Energie, sich auch mit Politik auseinanderzusetzen. Eine solche Bleibeperspektive ist insbesondere bei Geflüchteten ohne sicheren Aufenthaltstitel nicht gegeben.

- *Betroffenheit als Community, ethnische oder religiöse Gruppe*

Es zeigt sich, dass die Beteiligung oder zumindest die Motivation zur Beteiligung bei Mitgliedern im Verein und in der Community bei Themen gegeben ist, die die Migrations- und Integrationspolitik, die eigene Religion, das Herkunftsland und / oder PmM und ihre Situation in Deutschland betreffen.

- *persönliche und lokale Betroffenheit*

Auch die direkte, persönliche Betroffenheit oder auch die Betroffenheit der eigenen Kinder, fördert das politische Interesse. Diese Betroffenheit nehmen manche vor allem auf lokaler Ebene wahr, weshalb auch das politische Interesse auf diese Ebene beschränkt ist. Da dennoch an den Europawahlen teilgenommen, dabei aber für das Herkunftsland gewählt wird, und JE5 (40) „keinen Nutzen“ darin sieht, als EU-Bürger die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen, obwohl er sie beantragen könnte, könnte dieses lokale Interesse Ausdruck einer lokalen Identifikation

sein; es lässt sich bei ihm allerdings auch durch die bereits erwähnte Rückkehrabsicht und / oder die eingeschränkten politischen Rechte (auf Bundes- und Landesebene) erklären.

- *(lokale oder hybride) Identifikation mit Deutschland*

Eine Identifikation mit Deutschland scheint – in manchen Fällen – das politische Interesse zu begünstigen. Neben einer möglichen lokalen Identifikation, wie sie bei JE5 deutlich wird, zeigen sich auch hybride Identitäten, die ein Interesse sowohl in Deutschland als auch im Herkunftsland zur Folge haben.

Es wird deutlich, dass bei dem Ausmaß sowie der Richtung des Interesses verschiedene Aspekte eine Rolle spielen. Abgesehen von der ersten Gruppe zeigt sich bei den anderen grundsätzlich kein geringeres politisches Interesse, sondern teilweise nur ein anderer Fokus, der von der jeweiligen gegenwärtigen und zukünftigen Lebenssituation abhängt. Häufig wird die Rückkehrabsicht angesprochen, die – auch wenn sie nur in Gedanken besteht (HC3) – das politische Interesse in Deutschland hemmt oder auf die lokale Ebene begrenzt, da man sich dann doch überwiegend für die Politik des Herkunftslandes interessiert. Ein beidseitig orientiertes Interesse wäre in diesem Fall sehr aufwendig und vermutlich aus dieser Sicht mit wenig Nutzen verbunden (BJ10). Gleichzeitig wird deutlich, wie stark hybride Identitäten ausgeprägt sind und dass trotz einer Aufenthaltsdauer von über 30 Jahren (HC3) oder seit seiner Kindheit (NI9) immer noch für die Politik des Herkunftslands Interesse besteht – was allerdings nicht das politische Interesse in Deutschland hemmt. Auch scheinen es eher die höher Gebildeten zu sein, die politisch interessiert sind. Nichtsdestotrotz bedeutet höheres Interesse (und höhere Bildung) oder Betroffenheit nicht gleichzeitig Partizipation. Auch kann trotz Bleibeabsicht kein politisches Interesse bestehen oder trotz keiner Identifikation mit Deutschland dennoch politisches Interesse vorhanden sein (BJ10; EB2).

#### 5.2.4 Politisches Wissen

In Bezug auf das politische Wissen zeigt sich in Teilen der Vereine oder sogar der Community

- unzureichendes Wissen über die Partizipationsmöglichkeiten in Deutschland,
- fehlendes Wissen über den Nutzen und die (positive) Wirkung von Partizipationsmöglichkeiten,
- fehlendes und / oder fehlerhaftes Wissen über die politische Situation in Deutschland,
- ein partizipationshemmendes Verständnis von Politik und / oder Partizipation.

Begründet wird das Nichtwissen bzw. die Fehlinformation durch die Mediennutzung des Herkunftslandes und die nicht vorhandenen oder unzureichenden Deutschkenntnisse, die wiederum eine Nutzung deutschsprachiger Medien verhindern. Beide sind zudem verbunden mit einer Rückkehrabsicht: Möchte man zurückkehren, erachtet man es nicht als notwendig, Deutsch zu erlernen, und nutzt die Medien des Herkunftslands, um dort auf dem Laufenden zu bleiben. (EB; JE5; BJ10)

Bezogen auf die politische Situation und die Möglichkeiten fehlen somit einerseits die Informationen, andererseits wird von regierungstreuen Medien bzw. der Regierung des Herkunftslands beispielsweise in Ungarn ein falsches bzw. verzerrtes Bild von Deutschland gezeichnet, was die Zuschauer\*innen wiederum in ihrer Beteiligung in Deutschland hemmt, da ihre von den Herkunftsmedien beeinflussten Ansichten nicht mit den Zielen der Partizipationsmöglichkeiten vereinbar sind (EB2). Ob die deutsche Sprache erworben wird, hängt neben der Rückkehrabsicht auch von der Bildung, der Frage, ob (in der Arbeit) überhaupt die Notwendigkeit dazu besteht, und der Möglichkeit ab, einen Sprachkurs zu besuchen und die Deutschkenntnisse im Alltag zu erproben.

Umgekehrt wirkt sich eine Nutzung verschiedener deutschsprachiger, aber auch internationaler Medien positiv auf das politische Wissen bezüglich Deutschlands aus (MD4). Auch ein Kontakt zu Deutschen scheint einen positiven Einfluss darauf zu haben. Dieser helfe bei der Sprache und dabei, in Deutschland allgemein „das

System zu verstehen“ (KA1: 286). Auch können durch den Kontakt, der durch das Zusammenleben in einer Wohngemeinschaft entsteht, Diskussionen bzw. Gespräche über politische Themen (Wahltag, Vergleich des politischen Systems von Syrien und Deutschland) angestoßen werden (IG7). Ein\*e deutsche\*r Partner\*in kann außerdem Informationen über die Vorgeschichte von politischen Entwicklungen oder Parteien liefern (BJ10), was wiederum eine Meinungsbildung erleichtern kann.

Auffällig in den Interviews ist das Verständnis von Politik oder Partizipation, das bei manchen Befragten deutlich wurde. So wurde Politik und / oder Partizipation manchmal mit Parteien bzw. der Mitgliedschaft in Parteien gleichgesetzt. Ein solches Verständnis kann sich voraussichtlich partizipationshemmend auswirken, da Parteien oft negativ gesehen werden und eine Mitgliedschaft oder Kooperation deshalb meist abgelehnt wird. Möglicherweise resultieren dieses Verständnis sowie diese Ablehnung aus der Sozialisation im Herkunftsland, da dort Parteien sehr negativ gesehen werden bzw. es dort nur eine Partei, die Regierungspartei, gibt, die wiederum der Grund für die Diktatur und / oder die Flucht ist.

#### 5.2.5 Vereinsmitgliedschaft

Die hohen Unterschiede in der Nutzung politischer Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Vereine zeigen, dass nicht (allein) die Vereinsaktivität an sich politische Partizipation fördert, sondern – neben individuellen Faktoren – eher das Ausmaß des Engagements im Verein und die Art des Vereins eine Rolle spielen. Ein besonders starkes Engagement im Verein (JE5: 98) und vor allem eine Vorstandsmitgliedschaft haben anscheinend eine höhere politische Partizipation zur Folge. So fällt in den Interviews auf, dass die (befragten) Vorstandsmitglieder aktiver oder zumindest interessierter sind und auch mehr politisches Wissen haben als die übrigen Mitglieder. Die Vorstandsmitglieder werden entweder aufgrund ihres höheren Interesses oder für den Verein oder ihre Community politisch aktiv (vgl. Kapitel 5.1). Während die ‚normalen‘ Mitglieder passiv sind oder passiv bleiben können, verlangt eine Vorstandsmitgliedschaft von den jeweiligen Personen, mit anderen Vereinen, der Stadt und anderen Gremien in Kontakt zu sein und für die

Interessen des Vereins einzutreten. Dafür ist Wissen über Vorgänge und das System in Deutschland nötig oder zumindest sinnvoll. Da es sich um zusätzliches, ehrenamtliches Engagement handelt, das Zeit benötigt, müssen die Personen eine besondere Motivation besitzen, die sich möglicherweise dann auch einfacher politisch mobilisieren lässt.

In Bezug auf die Art des Vereins zeigt sich, dass die Mitglieder des Vereins, der zum Teil eine politische Ausrichtung hat (MD4; IG7), oder des zwar unpolitischen Vereins, der allerdings Diskussionen über Politik zulässt bzw. fördert (BJ10), aktiver sind als die Mitglieder der befragten unpolitischen Vereine (ausgenommen oben genannter besonders engagierter Mitglieder oder Vorstandsmitglieder), in dem das Thema Politik nicht angesprochen oder beispielsweise wegen Differenzen bezüglich der Politik des Herkunftslandes sogar tabuisiert und explizit vermieden wird (KA1; EB2). Für diese höhere Aktivität können als Erklärung natürlich auch die individuellen Faktoren, die die Mitglieder in den jeweiligen Vereinen auszeichnen, herangezogen werden. So sind beispielsweise in dem einen unpolitischen Verein, der politische Diskussionen ermöglicht, überwiegend politisch interessierte Akademiker\*innen aktiv (BJ10: 48), was an sich normalerweise schon partizipationsfördernd ist. Es liegt allerdings nahe, dass ein Engagement in einem Verein, in dem über politische Themen gesprochen wird bzw. werden kann, ergänzend zu oder auch unabhängig von den individuellen Aspekten förderlich für die politische Beteiligung sein kann. Da man sich in einem politischen Umfeld befindet, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, mit politischen Themen in Kontakt zu kommen. Dies kann zu politischem Interesse und Engagement führen, wie IG7 verdeutlicht, der aus unpolitischen Gründen im Verein aktiv wurde:

*„Ja, also ich glaube, wegen (Verein) habe ich so dieses Interesse (.) also mein Interesse wurde geweckt, weil also wenn wir sitzen und dann reden alle über Demos und was in Politik passiert ist und so was und es gibt auch ab und zu diese Workshops, die ich auch besuche“ (IG7: 46).*

Dass auch „zwei, drei Personen“ des Beirats des Geflüchteten-Vereins, die eigentlich „nicht richtig in Politik aktiv werden oder aktiv sein“ wollen (MD4: 28), dennoch aktiv sind, verdeutlicht den Einfluss eines politischen Umfelds auf die Aktivität und die Mobilisierungskraft politisch aktiver Menschen. Da es sich nur um einen teils-politischen Verein handelt, der weitere Schwerpunkte hat und man sich

auch in unpolitischen Bereichen engagieren kann, ist die Mitgliedschaft an sich keine politische Partizipation, kann allerdings bei besonderem, politischem Engagement dazu werden. Die Mitgliedschaft in einem IB als politisches Gremium stellt demgegenüber politische Partizipation dar. Somit ist es nur konsequent, dass sich der Befragte des IB durch hohes politisches Wissen, Interesse und Engagement auszeichnet.

#### 5.2.6 Zeit und Prioritätensetzung

Alle genannten Aspekte, die die Partizipation fördern bzw. fördern *würden*, sind mehr oder weniger irrelevant, wenn jemand andere Prioritäten als politische Beteiligung und deswegen keine Zeit hat. Folgende partizipationshemmende Aspekte werden genannt:

- Familie und Kinder
- Berufstätigkeit
- Studium
- Schlechte und isolierte Wohnsituation
  - Wegen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt
  - Wegen befristetem Aufenthaltstitel
- Schlechte Arbeitssituation
  - Wegen unzureichender Deutschkenntnisse
  - Wegen befristetem Aufenthaltstitel / Asylverfahren
  - Wegen minderwertiger / keiner Anerkennung der Berufsqualifikation
- Politische Partizipation / Verbesserung der Situation im Herkunftsland

Vor allem bei einer kurzen Aufenthaltsdauer ist das Leben noch nicht so geordnet, dass man politisch aktiv würde. Die Befragten sind der Meinung, dass zunächst zentrale Lebensbereiche wie Wohn- und Arbeitssituation verbessert werden müssen, damit die Personen überhaupt Interesse an politischer Aktivität entwickeln. Die Schwierigkeiten und die Unsicherheit, die (überwiegend für Geflüchtete) aus einem unsicheren oder befristeten Aufenthaltstitel resultieren, eine minderwertige Anerkennung der Berufsqualifikation, die eine schlechter bezahlte Tätigkeit zur Folge hat oder mehrere Tätigkeiten nötig macht, sowie der eigene Druck, das Studium zu beenden, für das die Eltern im Heimatland jahrelang gespart haben und sparen, führen zu psychischer Belastung und moralischer Überforderung



(KA1: 70), die eine politische Beteiligung verhindern. Zunächst müssten die „Hauptprobleme“, die die Gedanken bestimmen, behoben sein (MD4: 98), dann könne sich auch politisches Interesse und Interesse an politischer Partizipation entwickeln.

*„Wenn man hier lebt, dann Politik kommt immer danach. Also das Leben ist bisschen wichtiger. Wichtiger als Politik, [...] natürlich jeder will zuerst eine gute Wohnung haben und danach wieder Studium oder Ausbildung oder gute Job und dann kommt der Rest“ (IG7: 190).*

Eine unvollständige soziale und ökonomische Teilhabe, die aufgrund des Aufenthaltstitels vor allem von den beiden Geflüchteten angesprochen wird, erschwert also politische Partizipation. Auf der anderen Seite ist allerdings bei einer vollständigen sozialen und ökonomischen Teilhabe auch nicht unbedingt mehr Zeit gegeben, sich politisch zu beteiligen. Mangelnde Zeit führt unter anderem dazu, dass nur (noch) Partizipationsformen gewählt werden, die nicht zeitaufwendig sind (BJ10; JE5) und sich Menschen, die eigentlich politisch aktiver wären bzw. waren, einschränken müssen (BJ10). Ein weiterer Faktor, der die Partizipation in Deutschland hemmt, ist die Priorisierung von Beteiligung im Herkunftsland, weil man als „idealist“ (FF6: 26) dort eine Verbesserung herbeiführen und / oder dorthin zurückkehren möchte (JE5; BJ10).

Die einzige Ausnahme bei der Prioritätensetzung, die direkt mit politischer Partizipation verbunden ist, ist die Sicherung des Aufenthaltstitels bei Geflüchteten. Auch wenn das Leben noch nicht geordnet ist und weder externe noch interne Voraussetzungen in besonderem Maße vorliegen, werden sie politisch aktiv, wenn sie wegen ihres unsicheren Aufenthaltstitels in Kontakt mit Behörden sind oder wegen eines negativen Asylbescheids vor Gericht gehen (müssen). Ein sicherer Aufenthaltstitel hat für sie höchste Priorität und politische Partizipation stellt für sie die einzige Option dar, um etwas an ihrer Situation zu verbessern. Allerdings wird dies nicht als ‚wirkliche‘ politische Partizipation wahrgenommen:

*„Weil die haben auch zu Hause Probleme mit Politikern, dann sind die nach Deutschland gekommen, dann haben die aber hier Problem, von Bundesamt haben die eine negative Antwort bekommen, dann bei Gericht eine negative Antwort bekommen, dann kriegen die keine Arbeitserlaubnis, dann wohnen vier, fünf Leute in einem Zimmer in der Gemeinschaftsunterkunft oder drei Leute, die gehen überall hin, wo die zuständigen Behörden sind, die interessiert das nicht, was die Menschen sagen, das*

*ist auch der große Druck an den Menschen, warum die sich für Politik nicht interessieren und warum die sich nicht in dem Bereich aktivieren, die sagen: Was wir machen, das bringt uns nichts“ (MD4: 88).*

### 5.2.7 Gewährte politische Rechte

Dass PmM ohne deutsche Staatsbürgerschaft keine vollständigen politischen Rechte gewährt werden, stellt anscheinend besonders für die Aktiveren und Interessierteren ein Hemmnis dar. Diese konnten oder können sich an Wahlen oder Bürgerentscheiden nicht beteiligen, obwohl sie wollten, während diejenigen, die sowieso kein Interesse haben oder keine political efficacy wahrnehmen, auch nicht wählen (würden), wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft haben (würden). Diesen Ausschluss vom Wahlrecht empfindet BJ10 als „total ungerecht“ (BJ10: 105). Dass Drittstaatsangehörige nach jahrzehntelangem Aufenthalt in Deutschland nicht einmal kommunal wählen dürfen, bezeichnet NI9 als „Armutzeugnis“ und „Diskriminierung“ gegenüber EU-Bürger\*innen (NI9: 127-129). Auch *fühlt* man sich durch fehlende politische Teilhaberechte ausgeschlossen, was das Ankommen erschwert:

*„Es wird ja viel von Integration, Integrationsbeirat, viel von Integration geredet, aber Schritte dorthin, dass sich (.) also Integration bedeutet ja eigentlich auch Zugehörigkeit, Integration alleine ist ja nicht damit getan, dass man sich wie ein Deutscher fühlt, wie ein Deutscher denkt, wie ein Deutscher lebt, nein, man muss sich zugehörig fühlen, man muss sich wohlfühlen, man muss sich angekommen fühlen, in die Richtung geht. Und so lange man sich nicht angekommen fühlt, dann nimmt man auch nicht teil. Wenn man ausgeschlossen wird, ob es jetzt Arbeitsleben ist, ob es jetzt Alltagsleben, ob es Sozialleben ist, ob auch Politik ist: Wenn man da nicht teilhaben kann und darf (betont), dann kommt man auch nicht an, weil man sich ausgeschlossen fühlt“ (NI9: 33).*

Wie auch die eingeschränkten Rechte und Möglichkeiten des IB zu Enttäuschung und geringem Interesse an dem Gremium führen (vgl. Kapitel 5.1), können eingeschränkte politische Rechte auch auf Individualebene zu niedrigerem politischen Interesse führen. Die logische Konsequenz wäre, dass auch andere Partizipationsformen nicht wahrgenommen werden.

## **5.3 Förderungsmöglichkeiten**

Um Partizipation zu fördern, bedarf es entweder einer Aktivierung bzw. Mobilisierung der Personen direkt oder der Förderung von Wissen und Interesse, was in

einem „zweite[n] Schritt“ (KA1: 264) zu Partizipation führen kann. Da sich die meisten Förderungsansätze nicht nur auf einen, sondern auf zwei oder alle drei Aspekte beziehen, werden sie auch im Folgenden zusammengefasst dargestellt.

Die ersten drei Unterkapitel liefern einen Überblick über die von den Expert\*innen als sinnvoll angesehenen Förderungsmöglichkeiten; das letzte Unterkapitel wird um weitere Aspekte ergänzt, die sich aus ihren Ausführungen ergeben und als notwendig erachtet werden. Interessant ist die Verteilung der Häufigkeiten der verschiedenen Förderungsansätze:

Abbildung 6: Verteilung der Häufigkeiten der Förderungsansätze für politische Partizipation

Codesystem	KA1	EB2	HC3	MD4	JE5	FF6	IG7	NI9	BJ10	SUMME
▼ Förderungsmöglichkeiten										0
Printmedien		■						■		2
Persönliche und direkte Ansprache			■	■				■		6
Social Media und Internet	■			■	■	■			■	10
> Veranstaltungen mit unterschiedlicher Konzipierung	■	■	■	■	■	■			■	21
> Rechtliche, strukturelle, politische Veränderungen	■	■		■			■	■	■	39
Σ SUMME	12	9	7	7	3	5	5	22	8	78

Quelle: eigene Darstellung (mit Code-Matrix-Browser von MAXQDA)

Da Printmedien insgesamt nur zweimal erwähnt und noch häufiger als ineffektiv erachtet wurden, werden sie in den folgenden Kapiteln nicht berücksichtigt. Nichtsdestotrotz können auf sie auch die Umsetzungsstrategien, die sich auf die anderen Förderungsmöglichkeiten beziehen, angewendet werden, um sie möglicherweise attraktiver und effizienter gestalten zu können. Allgemein lässt sich allerdings festhalten, dass rein visuelle Information als weniger effektiv gesehen wird als ein direkter Kontakt wie bei Veranstaltungen oder persönlicher Ansprache. Am zentralsten sind rechtliche, strukturelle und politische Veränderungen, die – insbesondere im Interview des Mitglieds des IB – am häufigsten implizit oder explizit auftraten.

### 5.3.1 Persönliche und direkte Ansprache

Eine persönliche und direkte Ansprache von Personen erscheint einigen Expert\*innen am zielführendsten und wirksamsten, um Interesse zu fördern und Personen

zur Beteiligung zu motivieren. Auffällig dabei ist, dass dieser Weg ausschließlich von Befragten genannt wird, die selbst aus Ländern stammen, in denen das Zusammenleben als beziehungsorientiert charakterisiert wird (Thomas 2011)<sup>3</sup>.

Die persönliche Ansprache kann dabei im Verein, durch Infostände (von Vereinen, nicht Parteien, IG7) oder durch „Mundpropaganda“ im Freundeskreis, in dem eine „Kampagne“ gemacht wird (MD4: 116), geschehen. Außerdem sollte sie durch Personen erfolgen, die dieselbe Sprache sprechen, aus demselben Land stammen oder dieselben (Migrations-)Erfahrungen gemacht haben, da so zwischen den Personen, insbesondere wenn die angesprochene Person noch nicht so lange in Deutschland ist, ein größeres Vertrauen und keine Sprachbarriere bestehe (HC3; MD4; IG7; NI9). Erfolgt ein „Aufklären“ über das „Gemüt eines Migranten“ nach den Jahren seiner Ankunft in Deutschland, das HC3 zufolge zu Beginn stark von einer Rückkehrabsicht geprägt ist, könne schneller ein Umdenken einsetzen, sich eine Bleibeabsicht entwickeln und das Interesse an sowie die Motivation zu politischer Partizipation steigen (HC3: 238, 270).

### 5.3.2 Social Media und Internet

Social Media, Videoplattformen oder andere Kanäle im Internet werden als effektiv angesehen, da die meisten Menschen ein Smartphone besitzen, viel Zeit auf Social Media und im Internet verbringen und auf diese Art und Weise Informationen schnell und leicht zugänglich verbreitet werden können. Allerdings wird ungefähr genauso häufig davor gewarnt bzw. angemerkt, dass zwar Informationen schnell ankommen können, aber fraglich bleibt, ob auch der Inhalt wirklich ankommt und „ernst genommen wird“ (HC3: 208). Es muss darauf geachtet werden, dass Informationen als Daten und Fakten objektiv und nicht einseitig, auf mehreren Sprachen und ohne viel Text vermittelt werden. Podcasts und Videos, die über

---

<sup>3</sup> Das hier zugrundeliegende Verständnis von Kulturstandards ist idealtypisch und berücksichtigt die Kritik gegenüber diesem Konzept. So ist Altmayer (2002: 7) zufolge dieses Konzept „nicht in der Lage [...], zwischen einem vermeintlich wissenschaftlichen ‚Kulturstandard‘ auf der einen Seite und einem verwerflichen, jedenfalls aber nicht wissenschaftlichen ‚Klischee‘ oder ‚Stereotyp‘ zu unterscheiden“. Als Idealtypus nach Weber (1922: 191) wird diese Kritik insofern abgeschwächt, als der Idealtypus einen Vergleichsmaßstab in der Theorie darstellt, mit dem die Realität verglichen werden kann, der aber in dieser Form „nirgends in der Wirklichkeit empirisch vorfindbar“ ist.

Soziale Netzwerke allgemein oder die Social Media-Seite des Vereins geteilt werden können, wurden als Format genannt. Ein interessanter Ansatz sind Websites, die „step by step“ Informationen dazu liefern, „what needs to be done in which cases“ (FF6: 56), die also beispielsweise eine Anleitung dazu geben, wie eine Petition strukturiert sein soll, damit Leute diese wirklich lesen und unterstützen können.

### 5.3.3 Veranstaltungen mit unterschiedlicher Konzipierung

Wissens- und Interessensvermittlung durch Veranstaltungen wurde insgesamt sehr häufig genannt. Dabei gab es allerdings eine große Bandbreite davon, wie diese Veranstaltungen aussehen und wo und von wem sie gehalten werden sollten. Zentrales Problem bei Veranstaltungen ist es, die Menschen für die Themen zu interessieren und zum Besuch der Veranstaltung zu motivieren. Dafür muss man die „Lücke finde[n]“ (KA1: 228): Es müssen Veranstaltungen angeboten werden, die auf die Bedürfnisse der angesprochenen Gruppe abzielen, thematisch relevant sind und das eigene Leben betreffen. Da dies natürlich je nach Gruppe variiert – genannt werden Einkommen, Rechte, Kinder, Rassismus im öffentlichen Nahverkehr –, müssen diese beispielsweise bei Studierenden anders angelegt sein als bei Eltern oder Fabrikarbeiter\*innen.

Außerdem bietet es sich an, einen zusätzlichen Anreiz zu schaffen, der Leute zusätzlich motiviert, die Veranstaltungen zu besuchen. Ist dieser kulturbezogen, scheint die Motivation größer zu sein. So wird bei manchen Veranstaltungen des kamerunischen Vereins typisch kamerunisches Essen angeboten. Die Personen des bulgarischen Vereins sind motiviert, wenn sie ihre „Kultur [...] zeigen“ können (JE5: 198). Auch müssen die Sprachkenntnisse in der jeweiligen Gruppe berücksichtigt werden. Eine Veranstaltung muss unterschiedlich konzipiert werden, je nachdem, ob in der Gruppe verschiedene Muttersprachen vertreten sind, und je nachdem, wie hoch bzw. unterschiedlich das Deutschniveau ist und ob sich Deutsch als gemeinsame Sprache eignet. Gleichzeitig darf keine kindliche Sprache oder Dialekt verwendet werden, was für die Teilnehmenden unverständlich wäre und wodurch sie sich „vorn Kopf gestoßen“ fühlen würden (NI9: 171).

Es ergeben sich folgende Formate, die der Meinung der Expert\*innen nach angenommen würden:

- Vorträge (mit Diskussionsmöglichkeiten)
  - von Politiker\*innen
  - von zivilgesellschaftlichen Organisationen
  - von (langfristigen) Kooperationspartner\*innen
  - von bekannten Professor\*innen
  - im Verein
  - an der Universität
- Seminare
  - (als Wahlfach) an der Universität
  - von zivilgesellschaftlichen Organisationen
  - von (langfristigen) Kooperationspartner\*innen
- Diskussionsrunden
  - mit eingeladenem Gast
  - über Film-/ Fernsehbeitrag
  - im Verein
- „Demokratie-Workshops“ (HC3: 194), Demokratie erleben, Aktionen und Ausflüge (für Kinder)
  - von zivilgesellschaftlichen Organisationen
  - von (langfristigen) Kooperationspartner\*innen
  - von Parteien

Es zeigt sich, dass die Art und der Ort der Veranstaltungen und die Veranstalter\*innen dabei unterschiedlich kombiniert werden können. Für die Schule ergeben sich folgende zusätzliche Anforderungen, die allerdings (zumindest teilweise) auch als außerschulische Workshops von zivilgesellschaftlichen Trägern oder den Vereinen konzipiert und durchgeführt werden könnten:

- Klassenleiter\*instunde im Gymnasium, um mit einer Bezugsperson und in vertraulichem Rahmen aktuelle (politische, menschenrechtliche, ethische) Themen zu diskutieren
- Demokratie (im Klassenzimmer) erleben (durch die Wahl des\*r Klassensprecher\*in etc.)
- Wertevermittlung (durch Philosophie und Literatur, die allerdings in der Schule „Mangelware“ (EB2: 228) sind)
- politische, geschichtliche, religiöse Orte besuchen
- „citizen education“ ab der Oberstufe (FF6: 56)
- „politische Erziehung“ (nicht politische *Bildung*) ab der Grundschule (BJ10: 130)

Die Interviewpartner\*innen (IPs) grenzen dabei citizen education und politische Erziehung von politischer Bildung ab, wodurch sie zum Ausdruck bringen möchten, dass es nicht (nur) um die reine Wissens- und Faktenvermittlung gehen sollte, sondern demokratische Werte und Kompetenzen erlernt und erlebt werden sollten (EB2; FF6; BJ10). Die politische Bildung, wie sie derzeit an bayerischen Schulen bzw. Gymnasien Eingang findet, scheint also nicht den Ansprüchen der Befragten zu entsprechen. Dass die Schule und viele allgemeine Förderungsansätze und Formate angesprochen werden, zeigt außerdem, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Thema handelt, von dem alle betroffen sind und das daher nicht, wie bereits erwähnt, auf PmM beschränkt sein sollte.

#### 5.3.4 Strukturelle, politische und rechtliche Veränderungen zur Schaffung einer Willkommens- und Anerkennungskultur

Einerseits werden direkt strukturelle, politische und rechtliche Veränderungen gefordert, andererseits zeigen Aussagen über die derzeitige Situation deren Notwendigkeit, ohne dass sie explizit gefordert wurden. Es ergeben sich drei große Teilbereiche:

##### *1. Erleichterung und Verbesserung ökonomischer, sozialer und kultureller Teilhabe*

Insgesamt spiegelt sich in den Aussagen das Bedürfnis wider, umfassend an den zentralen Lebensbereichen in der Gesellschaft teilzuhaben. Am häufigsten wird dabei die ökonomische Teilhabe genannt, die erreicht sein müsse und die erleichtert werden sollte, damit sich auch politisches Interesse entwickeln könne. Es bestünden Hürden, die der Ansicht der IPs nach nicht bestehen müssten. Denn die „Arbeitswelt reguliert sich selbst“, weshalb der Zugang zum Arbeitsmarkt nicht durch (Nicht)Anerkennung der Qualifikation aus dem Herkunftsland oder durch vorgeschriebene Deutschkenntnisse erschwert werden müsse (NI9: 159). Auch für Geflüchtete sieht MD4 die Förderung ihrer ökonomischen und sozialen Teilhabe als zentralen Ansatz. Die Schwierigkeit dabei stellen für ihn die unsicheren Aufent-

haltstitel dar, die Geflüchtete meist erhalten und die es erschweren, eine Wohnung mieten oder eine Arbeit oder Ausbildung beginnen zu können. Auch (weitere) kulturelle, Freizeit-, Bildungs- und Sprachangebote werden gewünscht (BJ10; EB2; NI9).

Aus dem Unbehagen, das wegen der Sozialisation im Herkunftsland Vereinen und Parteien auch in Deutschland entgegengebracht wird (vgl. Kapitel 5.2.4), lässt sich zudem schlussfolgern, dass niederschwellige Angebote von Vereinen, aber auch von Parteien, sinnvoll wären, um Menschen, insbesondere mit solchen Erfahrungen, anzusprechen und auch – von neutraler und unabhängiger Seite – über deren Tätigkeiten zu informieren und Hemmschwellen abzubauen.

## *2. Interkulturelle Offenheit in Politik und Gesellschaft*

Es wird eine „sozialer[e]“ und „vielfältiger[e]“ Politik gefordert, die alle Beteiligten miteinbezieht und berücksichtigt (NI9: 195). Der IB und weitere Gremien, in denen PmM vertreten sind, sollten in politische Entscheidungen vermehrt einbezogen werden (NI9). Um zu gewährleisten, dass PmM in diesen Gremien entsprechend abgebildet sind, wird eine Migrant\*innenquote als sinnvoll erachtet, die auch im öffentlichen Dienst Eingang finden sollte:

*„Wenn ich jetzt zum Beispiel habe ein Amt für Ausländerangelegenheiten, wo kein einziger Migrant drin arbeitet, das kann doch nicht sein“ (NI9: 31).*

Die in einigen Interviews beschriebenen erlebten Diskriminierungserfahrungen und negativen Zuschreibungen wie auch die angesprochene wahrgenommene fehlende Offenheit in der Gesellschaft zeigen, dass Vielfalt, wie sie beispielsweise durch Quoten sichtbar werden könnte, noch nicht in allen Teilen der Gesellschaft akzeptiert ist und dass (weitere) Antidiskriminierungsarbeit zum Abbau von Stereotypen und Vorurteilen nötig ist. Zwar wurde in den Interviews kein Einfluss von Diskriminierung auf die politische Partizipation erwähnt, allerdings können Diskriminierungserfahrungen wie bei IG7 zu Rückzug oder Abschottung führen und die Teilnahme an den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, auch der politischen Sphäre, verhindern. Um Diskriminierung und die Entstehung von Vorurteilen im Vorfeld zu verhindern, sollte die „ganze Realität“ dargestellt werden (KA1:



308). So werde KA1 zufolge in den Medien und auch von Nichtregierungsorganisationen beispielsweise in Bezug auf Afrika ein einseitiges, negatives Bild vermittelt, das den Fokus auf Armut und eine schlechte wirtschaftliche Lage legt, während positive Entwicklungen nicht berücksichtigt werden. Dies kann zu Stereotypen führen und Grundlage für falsche Vorstellungen und Vorurteile sein.

Wie bereits in Kapitel 5.2.7 angeklungen ist, heben die IPs die Bedeutung hervor, von der Aufnahmegesellschaft angenommen zu werden. Dies erleichtere das Ankommen und das Zugehörigkeitsgefühl und man entwickle mehr Interesse daran, Teilhabemöglichkeiten wahrzunehmen (NI9). Insofern werden auch der frühere Umgang mit und fehlende Integrationsangebote und Perspektiven für Personen aus ehemaligen Anwerbestaaten und eine geschlossene Gesellschaft kritisiert (NI9; BJ10) und als Grund für die bestehende „Verdrossenheit“ (NI9: 145) angeführt. Gleichmaßen wird Kritik an Begrifflichkeiten wie Migrationshintergrund, um Nachkommen von Personen mit eigener Migrationserfahrung zu beschreiben (NI9), Geflüchteten (IG7) und Integration geübt:

*„Oft habe ich das Gefühl, Deutschland will nicht zwischen Integration und Assimilation unterscheiden“ (BJ10: 154).*

*„Also das Integrationswort mag ich nicht, was ist Integration? [...] Integration ist für mich, wenn jemand gut erzogen ist, ja, das sollte auch ein Deutscher sein, das sollte auch ein Geflüchteter sein, das kann jeder sein“ (MD4: 98).*

Es zeigt sich, dass auch in der Gesellschaft vorherrschende Diskurse und Konzepte das Ankommen und Wohlfühlen erschweren und es somit einer kritischen Auseinandersetzung mit Benennungspraktiken und in der Gesellschaft teils missverstandenen Konzepten bedarf.

### *3. Gewährung weiterer politischer Rechte*

Auch hinsichtlich der rechtlichen Situation von PmM werden Veränderungen gewünscht. Mehr bzw. uneingeschränkte politische Rechte werden gefordert. Zum einen sollten die Entscheidungsmöglichkeiten und Mitwirkungsrechte des IB erhöht werden, was NI9 zufolge mit gesteigertem Interesse an einer Mitarbeit am IB einhergehen würde. Auch das kommunale Wahlrecht für Drittstaatsangehörige sowie das allgemeine Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Personen werden gefordert. Dabei werden Kriterien wie Aufenthaltsdauer, fester Wohnsitz oder

Arbeitsplatz angeführt, die, wenn sie erfüllt werden, es den Personen auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft ermöglichen sollen, sich uneingeschränkt politisch zu beteiligen:

*„Also ich denke, das könnte schon diese Tatsache sein, wenn du hier arbeitest, Steuern zahlst, festen Sitz hier hast, spielt eigentlich keine Rolle, ob du Türke, Tscheche, Franzose bist, hier lebst du, hier beeinflusst dich die Gesellschaft und du kannst die Gesellschaft beeinflussen und das sollte eigentlich aus meiner Sicht geändert werden“ (BJ10: 108).*

Da die eigene Staatsbürgerschaft für die Befragten einen Teil der Identität darstellt, wird die Aufgabe der eigenen Staatsbürgerschaft zur Beantragung der deutschen als zentrales Hemmnis gesehen (BJ10; EB2; NI9). Daher wird neben der Forderung nach uneingeschränkter Teilhabe ohne deutsche Staatsbürgerschaft auch eine Ermöglichung bzw. Erleichterung der doppelten Staatsbürgerschaft gewünscht. Insbesondere für Drittstaatsangehörige, bei denen diese häufig nicht möglich ist, stellt die Beantragung der deutschen Staatsbürgerschaft eine „Entweder-oder-Entscheidung“ dar (NI9: 117). Diese kann betroffenen Personen insbesondere der ersten Generation, die hybride Identitäten besitzen (vgl. Kapitel 5.2.3), eigentlich nur schwer fallen:

*„Also Menschen, ok, die sind hier nach Deutschland migriert, die leben, arbeiten hier, aber sie haben eine Vergangenheit, sie haben eine kulturelle, geschichtliche, sprachliche, das spielt ja alles mit hinein. Es kommen auch Menschen, die vielleicht in einem anderen Land aufgewachsen sind, mit 20, 25 nach Deutschland kommen, die haben ja eine, wie sagt man dazu, eine Prägung, das können sie nicht von heute auf morgen einfach ablegen und sagen: ja, ich hab mit dem nichts zu tun. Ich wische drüber und weg ist es. Es geht nicht. Und dazu gehört auch die Staatsbürgerschaft, diese Verbundenheit dazu, wo man herkommt. Warum muss ich meine Staatsbürgerschaft ablegen, warum kann ich die nicht behalten und mich auch zu Deutschland hingehörig fühlen. Und sagen: Das Grundgesetz da berufe ich mich drauf, das ist das Gute und zu dem anderen kann ich mich auch berufen“ (NI9: 115).*

Insgesamt zeigt sich, dass es bei den gewünschten Veränderungen um eine umfassende soziale, kulturelle, ökonomische und politische Teilhabe geht – also um die vier Bereiche, die in Pries' Integrationskonzept zentral sind. Daher sollte sich um die Schaffung einer Willkommens- und Anerkennungskultur bemüht werden, die strukturelle Barrieren abbaut und Diversität und deren Akzeptanz auf institutioneller, individueller und gesamtgesellschaftlicher Ebene fördert. So können sich alle Menschen in der Gesellschaft angenommen und angekommen fühlen.

## 6. Fazit und Ausblick

Die Befragung zeigt, dass die Nutzung politischer Partizipationsformen sowohl zwischen den Vereinen als auch innerhalb der Vereine stark variiert. Die Stichprobe verdeutlicht somit die hohe Bandbreite der bestehenden Möglichkeiten und Typen bei der Ausübung politischer Partizipation, die bei PmM anzutreffen sind. Dies spiegelt den Befund der Literatur wider, dass die politische Partizipation von PmM je nach den individuellen Faktoren, die sie in sich vereinen, unterschiedlich ausfällt.

Diese Einflussfaktoren weisen große Ähnlichkeiten mit den in der Literatur genannten auf. Sowohl bei den direkten als auch bei den indirekten Faktoren zeigen sich Parallelen und bestätigen sich Erkenntnisse aus der Partizipationsforschung. Allerdings werden die Faktoren insgesamt von den Expert\*innen unterschiedlich gewichtet, denn es zeigt sich, dass die meisten migrationspezifischen Faktoren ‚nur‘ auf die Hauptfaktoren und nicht auf die politische Partizipation an sich wirken und dass diese Hauptfaktoren, die sich zudem alle ein- oder wechselseitig beeinflussen, zum Großteil allgemeingültige und nicht migrationspezifische sind.

Zwei Aspekte, die in der bisherigen Literatur eher weniger berücksichtigt wurden und in zukünftigen (quantitativen) Studien untersucht werden könnten, sind die Mediennutzung und das Medienimage. Die Interviews legen nahe, dass eine überwiegende Nutzung von Medien aus dem Herkunftsland zu fehlendem oder fehlerhaftem Wissen führt – zwei Varianten von Wissen, die sich negativ auf die politische Partizipation auswirken. Allerdings hängt die Nutzung von Medien des Herkunftslandes von fehlenden Deutschkenntnissen und / oder einer Rückkehrabsicht ab, die jedoch wiederum darauf Einfluss hat, ob man überhaupt Deutsch lernen möchte. Auf der anderen Seite wurde in den Interviews ein negativer Einfluss des Medienimages der eigenen religiösen Community in Deutschland auf die Einschätzung der political efficacy deutlich. Dass die (external) political efficacy insgesamt als gering eingeschätzt wird, legt den Schluss nahe, dass es PmM gibt, die sich von der Politik in Deutschland unzureichend vertreten fühlen. Dies verdeutlichen auch die hier erwähnten Erfahrungen in Bezug auf die Kooperation der MOs mit der

jeweiligen Stadt. Außerdem zeigt sich daran die Bedeutung einer Willkommens- und Anerkennungskultur, die auf politischer und gesellschaftlicher Ebene ausgebaut werden muss, damit das Ankommen und Wohlfühlen erleichtert wird, eine Bleibeabsicht entstehen kann und das Interesse an Beteiligung sowohl in Politik als auch in anderen Lebensbereichen erhöht wird.

Neben einer Offenheit in Politik und Gesellschaft werden auch andere rechtliche und strukturelle Veränderungen als Förderungsansätze für politische Partizipation gesehen. Politische Partizipation kann also nicht nur im engeren Sinne, durch die Förderung von politischem Wissen, politischem Interesse und durch direkte Mobilisierung, sondern auch im weiteren Sinne durch den Abbau von Hürden, die auf den ersten Blick nicht in Zusammenhang mit politischer Partizipation zu stehen scheinen, verbessert werden. Bei der Förderung von politischer Partizipation im engeren Sinne wird ein persönlicher Kontakt als effektiver angesehen als eine Wissensvermittlung über Internet oder Social Media. Auch werden die Schule und andere Formate, die nicht in irgendeiner Weise migrationspezifisch sind, genannt, was verdeutlicht, dass die Förderung von politischer Partizipation auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene stattfinden sollte.

Insgesamt ergeben sich folgende Förderungsansätze, die die politische Partizipation sowohl von PmM als auch von der gesamten Gesellschaft erhöhen können:

1. Verbesserung der Kooperation von Stadt und Parteien mit Mos
2. Erhöhung der Kompetenzen und Rechte des IB
3. Öffentlichkeitsarbeit und Werbung des IB
4. Aufklärung über und niederschwellige Angebote von Parteien und Vereinen
5. Gruppenspezifische und themenrelevante Angebote der politischen Bildung
6. Entwicklung von mehrsprachigem Material mit wenig Text
7. Veranstaltungen und Informationsverteilung in Kooperation mit MOs und Ibs
8. Veranstaltungen mit Kulturbezug
9. Gewinnung und Schulung von Multiplikator\*innen mit Migrationshintergrund
10. Civic Education und Migrationspädagogik

11. Erleichterung und Verbesserung sozialer und ökonomischer Teilhabe
12. Antidiskriminierungsarbeit und Diversity Mainstreaming
13. Kritische(gesellschaftliche) Auseinandersetzung mit Benennungspraktiken
14. Alternative Staatsbürgerschaftskonzepte und Zugeständnis von politischen Rechten

Es zeigt sich, dass die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und Fluchterfahrung kein eindimensionales Thema ist. Es bedarf einer holistischen Herangehensweise, um sie zu fördern. Auch wenn dies ein schwieriges Unterfangen darstellt, ist es umso wichtiger, da eine chancengleiche Beteiligung am politischen Meinungsbildungsprozess in einer Demokratie von großer Bedeutung ist.

## Quellenverzeichnis

- Altmayer, Claus (2002): Kulturelle Deutungsmuster in Texten. Prinzipien und Verfahren einer kulturwissenschaftlichen Textanalyse im Fach Deutsch als Fremdsprache. *Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht*, H. 3.
- Berger, Maria/Christian Galonska/Ruud Koopmans (2004): Political integration by a detour? ethnic communities and social capital of migrants in Berlin. *Journal of Ethnic and Migration Studies*. Jg. 30, H. 3, S. 491–507.
- Bogner, Alexander/Beate Littig/Wolfgang Menz (2014): *Interviews mit Experten - Eine praxisorientierte Einführung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Cyrus, Norbert (2007): Politische Integration von Einwanderinnen und Einwandern. Heinrich Böll Stiftung. [https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/downloads/integration/Cyrus\\_Politische\\_Partizipation.pdf](https://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/downloads/integration/Cyrus_Politische_Partizipation.pdf), Zugriff: 26.06.2019.
- Cyrus, Norbert/Dita Vogel (2008): Förderung politischer Integration von Migrantinnen und Migranten. Begründungszusammenhänge und Handlungsmöglichkeiten. Universität Oldenburg. [http://www.politis-europe.uni-oldenburg.de/download/WP13\\_CyrusVogelPartizipationDeutsch2008.pdf](http://www.politis-europe.uni-oldenburg.de/download/WP13_CyrusVogelPartizipationDeutsch2008.pdf), Zugriff: 26.06.2019.
- Diehl, Claudia (2005): Fördert die Partizipation in ethnischen Vereinen die politische Integration im Aufnahmeland? Theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen. In: Sonja Haug/Claudia Diehl (Hg.): *Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 291–308.
- Diehl, Claudia/Michael Blohm (2001): Apathy, adaptation or ethnic mobilisation? On the attitudes of a politically excluded group. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, H. 27, S. 401–420.

- Fick, Patrick/Thomas Wöhler/Claudia Diehl/Thomas Hinz (2014): Integration gelungen? Die fünf größten Zuwanderergruppen in Baden-Württemberg im Generationenvergleich. Ministerium für Integration Baden-Württemberg. [https://kops.uni-konstanz.de/bitstream/handle/123456789/29857/Fick\\_0-264092.pdf?sequence=3](https://kops.uni-konstanz.de/bitstream/handle/123456789/29857/Fick_0-264092.pdf?sequence=3), Zugriff: 27.06.2019.
- Gesemann, Frank/Roland Roth (2015): Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern. Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/11197.pdf>, Zugriff: 14.08.2019.
- Goerres, Achim/Dennis Spies/Sabrina Mayer (2018): Deutsche mit Migrationshintergrund bei der Bundestagswahl 2017. Erste Auswertungen der Immigrant German Election Study zu Deutschtürken und Russlanddeutschen. Universität Köln. <https://www.researchgate.net/publication/323534980>, Zugriff: 26.06.2019.
- Hallenberg, Bernd/Rainer Dettmar (2018): Migranten, Meinungen, Milieus vhw-Migrantenmilieu-Survey 2018. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland – Identität, Teilhabe und ihr Leben vor Ort. vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. [https://www.vhw.de/fileadmin/user\\_upload/07\\_presse/PDFs/ab\\_2015/vhw\\_Migrantenmilieu-Survey\\_2018.pdf](https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/07_presse/PDFs/ab_2015/vhw_Migrantenmilieu-Survey_2018.pdf), Zugriff: 11.06.2019.
- Hossain, Nina/Caroline Friedhoff/Maria Funder/Lars Holtkamp/Elke Wiechmann (2016): *Partizipation - Migration - Gender. Eine Studie über Partizipation und Repräsentation von Migrant\_innen in Deutschland*, 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Hunger, Uwe/Menderes Candan (2009): Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg. Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Universität Münster. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-259506>, Zugriff: 23.05.2019.
- Kaase, Max (1995): Partizipation. In: Dieter Nohlen (Hg.): *Wörterbuch Staat und Politik*. 3., überarb. Aufl. München: Piper, S. 521–527.
- Kuckartz, Udo (2018): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung*, 4. Aufl. Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Martiniello, Marco (2006): Political participation, mobilisation and representation of immigrants and their offspring in Europe. In: Rainer Bauböck (Hg.): *Migration and citizenship legal status, rights and political participation*. Amsterdam: Amsterdam Univ. Press, S. 83–105.
- Müssig, Stephanie/Susanne Worbs (2012): Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp46-politische-einstellungen-und-partizipation-migranten.html>, Zugriff: 27.05.2019.

- Pokorny, Sabine (2016): Aktivität ist ansteckend. Soziale und politische Partizipation von Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und in Deutschland lebenden Ausländern. Konrad-Adenauer-Stiftung. <https://www.kas.de/einzeltitel/-/content/aktivitaet-ist-ansteckend1>, Zugriff: 23.07.2019.
- Pries, Ludger (2015): Teilhabe in der Migrationsgesellschaft: Zwischen Assimilation und Abschaffung des Integrationsbegriffs. *IMIS-Beiträge*, H. 47, S. 7–36.
- Roth, Roland (2017): Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten. *vhw FWS*, H. 5, S. 243–247.
- Sauer, Martina (2016): Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten. In: Heinz Ulrich Brinkmann/Martina Sauer (Hg.): *Einwanderungsgesellschaft Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 255–280.
- Schönwälder, Karen/Cihan Sinanoglu/Daniel Volkert (2011): Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. Heinrich Böll Stiftung. [http://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/2011-12-vielfalt\\_sucht\\_rat.pdf](http://heimatkunde.boell.de/sites/default/files/2011-12-vielfalt_sucht_rat.pdf), Zugriff: 17.07.2019.
- SVR-Forschungsbereich (2013): Potenzial für Bundestagswahlen: Politische Partizipation von Drittstaatsangehörigen. Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs. [https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2013/08/Politische-Partizipation\\_SVR-FB.pdf](https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2013/08/Politische-Partizipation_SVR-FB.pdf), Zugriff: 26.06.2019.
- SVR-Forschungsbereich (2016): Schwarz, rot, grün – welche Parteien bevorzugen Zuwanderer? Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs. [https://demokratie.agaby.de/fileadmin/agaby/AGABY\\_Website/Kampagne\\_KKW/NEU\\_KKW\\_Aktuelles/PB\\_Participationspraerferenzen.pdf](https://demokratie.agaby.de/fileadmin/agaby/AGABY_Website/Kampagne_KKW/NEU_KKW_Aktuelles/PB_Participationspraerferenzen.pdf), Zugriff: 20.10.2019.
- SVR-Forschungsbereich (2018): Parteipräferenzen von Zuwanderinnen und Zuwanderern: Abschied von alten Mustern. Kurzinformation des SVR-Forschungsbereichs. <https://www.svr-migration.de/publikationen/participationspraerferenzen2018/>, Zugriff: 21.10.2019.
- SVR-Forschungsbereich (2019): Mit der Politik auf Du und Du? Wie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ihre politische Selbstwirksamkeit wahrnehmen. Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs. [https://jugendsozialarbeit.news/wp-content/uploads/2019/04/SVR-FB\\_Politische\\_Selbstwirksamkeit.pdf](https://jugendsozialarbeit.news/wp-content/uploads/2019/04/SVR-FB_Politische_Selbstwirksamkeit.pdf), Zugriff: 06.08.2019.
- Thomas, Alexander (2011): *Interkulturelle Handlungskompetenz. Versiert, angemessen und erfolgreich im internationalen Geschäft*, 1. Aufl. Wiesbaden: Gabler Verlag / Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Türkeli-Dehnert, Gonca (2018): „Der Angela-Merkel-Effekt war stark“. Zeit Online. <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-09/gonca-tuerkeli-dehnert-svr-studie-migrationshintergrund-cdu-csu>, Zugriff: 30.09.2019.
- van Deth, Jan W. (2009): Politische Partizipation. In: Viktoria Kaina/Andrea Römmele (Hg.): *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, 140-161.

- Weber, Max (1922): Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Max Weber (Hg.): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: J. C. B. Mohr, S. 146–214.
- Wiedemann, Claudia (2006): Politische Partizipation von Migranten und Migrantinnen. In: Beate Hoecker (Hg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung*. Opladen: Budrich, S. 261–286.
- Wüst, Andreas M. (2002): *Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Wüst, Andreas M. (2012): Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrunds für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2009. In: Rüdiger Schmitt-Beck (Hg.): *Wählen in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, S. 157–178.
- Wüst, Andreas M./Thorsten Faas (2018): Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/14347.pdf>, Zugriff: 16.06.2019.